



Berlin, 14. September 2021

Offener Brief an die Spitzenkandidat*innen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien

Klimaschutz zur europapolitischen Priorität machen

Sehr geehrte Frau Baerbock,
sehr geehrter Herr Laschet,
sehr geehrter Herr Lindner,
sehr geehrter Herr Scholz,
sehr geehrte Frau Wissler und sehr geehrter Herr Bartsch,

die Flutkatastrophe in Teilen Deutschlands, die verheerenden Waldbrände sowie der neue Bericht des Weltklimarates IPCC machen die konkreten und zunehmend irreversiblen Folgen des Klimawandels sicht- und greifbar. Doch in Deutschland und der EU steigen die Emissionen nach der Coronadelle massiv, anstatt zu fallen.

Nur einen Tag vor den schweren Überschwemmungen im Westen Deutschlands hat die Europäische Kommission als Teil des Green Deals ihr Klima- und Energiepaket „Fit for 55“ vorgelegt. **Mit dem Maßnahmenpaket liegen nun konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Sie enthalten gute Ansätze, aber reichen bei Weitem nicht aus, um die EU auf einen Weg zu bringen, den Klimawandel entschieden zu bremsen und ihren fairen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits zu leisten.**

Die Rolle Deutschlands als bevölkerungsreichster Mitgliedsstaat und größte Volkswirtschaft ist in den europäischen Verhandlungen zentral. **Nach den Wahlen liegt es in Ihrer Hand, die Kommissionsvorschläge zügig und deutlich nachzuschärfen, wenn Ihre Partei an der Regierung beteiligt ist.** In der Vergangenheit bremste die Bundesregierung oftmals, wenn es um starken europäischen Klimaschutz ging. Seit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist klar, dass das nicht verfassungskonform ist.

Auf **vier Kernpunkte des Pakets** möchten wir Sie an dieser Stelle gesondert hinweisen, auch wenn es viele weitere, sehr wichtige Aspekte in den Kommissionsvorschlägen gibt.

- Setzen Sie sich in den Verhandlungen für klare Vorgaben ein, die **gewährleisten, dass der Emissionshandel ein wirksames Preissignal für den europaweiten Kohleausstieg bis 2030 sendet.** Ohne eine deutsche Bundesregierung, die die Reform des Emissionshandels aktiv und ambitioniert unterstützt, werden die in das Instrument gesetzten Erwartungen nicht erfüllt werden. Zur Absicherung ist zusätzlich ein über die Zeit ansteigender CO₂-Mindestpreis unverzichtbar.
- Machen Sie sich dafür stark, dass das von der EU-Kommission vorgeschlagene Ziel, **ab 2035 nur noch emissionsfreie Neuwagen zuzulassen, auf 2030 vorgezogen wird und bereits zuvor durch einen verbesserten CO₂-Grenzwert in 2025 und entsprechende Zwischenziele deutliche Emissionsreduktionen erreicht werden.** So sichern Sie wirksame Klimaschutzanstrengungen im Verkehrssektor in den kommenden kritischen zehn Jahren.

- Setzen Sie sich dafür ein, dass der **CO₂-Grenzausgleich** zu einem kooperativen Projekt wird, in dem Handelspartnerländer tatkräftig dabei unterstützt werden, ihren Industriesektor zu dekarbonisieren. Absolut zentral ist dabei, dass **der Grenzausgleich eine Alternative, und keine Ergänzung, zur kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten wird**. Nur so kann er die Grundlage sein, um in einem Klimaclub eine ähnlich ambitionierte Umsetzung mit Wettbewerbern sowie abgestufte Regeln und ausreichend Unterstützung für ärmere Länder bei der Umsetzung zu organisieren.
- Unterstützen Sie das **Aufsetzen eines Absicherungsmechanismus**, der auch bei abnehmender CO₂-Bindung durch Wälder und Moore wegen zunehmenden Klimastresses dafür sorgt, dass das EU-Klimaziel sicher erreicht wird.

Der Umbau zu einem klimaneutralen Deutschland gelingt nur europäisch und solidarisch. **Machen Sie deshalb eine Stärkung und zügige Verhandlung des „Fit for 55“-Pakets zu Ihrer europapolitischen Priorität**. Setzen Sie das „mindestens“ vor dem 55-Prozent-Ziel durch zusätzliche reale CO₂-Reduktionen quer durch die Kommissionsvorschläge in den Verhandlungen um und stellen Sie sicher, dass begleitende Instrumente zur Sozialverträglichkeit ihre volle Wirkung entfalten und nicht nur eine kosmetische Rolle haben.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Jan Plagge
Präsident
Bioland



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe



Brick Medak
Leiter Berliner Büro
E3G



Carolin Schenuit
Geschäftsführende Vorständin
Forum Ökologisch-Soziale
Marktwirtschaft



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Michael Müller
Bundesvorsitzender
NaturFreunde



Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF Deutschland